

Ahorn, 27.05.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute stehen wir erneut vor der Herausforderung, einen Haushalt zu verabschieden, der die Realität unserer finanziellen Lage offenlegt – und sie ist, mit Verlaub, höchst angespannt. Der kameralistische Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 umfasst ein Volumen von 8.93 Mio.€ im Verwaltungshaushalt und 2.22 Mio.€ im Vermögenshaushalt.

Zur Deckung des Vermögenshaushalts ist eine **Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 1.288.497 €** erforderlich. Damit sinkt unsere Rücklage auf unter 300.000 €. Im Finanzplan für das Folgejahr ist bereits die nächste Entnahme von 267.392 € vorgesehen. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die Rücklage ist bald erschöpft – und dann?

Die Lage ist nicht nur in Ahorn besorgniserregend. Auch auf Landkreisebene sehen wir eine zunehmende finanzielle Belastung. Die staatlichen Aufgaben, die auf Kreise und Kommunen abgewälzt werden, steigen – die dazugehörige Finanzausstattung allerdings nicht. In der Folge steigt die Kreisumlage. Für Ahorn bedeutet das in diesem Jahr eine Zahlung von rund 2,34 Millionen Euro an den Landkreis. Geld, das uns an anderer Stelle schmerzlich fehlt.

Wer glaubt, es handle sich dabei um ein temporäres Tief, den muss ich enttäuschen: Wenn die versprochene Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch Bund und Land nicht zügig und substanziell umgesetzt wird, dann wird vielen bayerischen Kommunen ab dem Jahr 2026 das Wasser nicht nur bis zum Hals stehen – sie werden sich, bildlich gesprochen, auf Kiemenatmung umstellen müssen.

Ein besonders deutliches Beispiel für diese strukturelle Schieflage zeigt sich im Einzelplan 4 – **Soziale Sicherung, Unterabschnitt 4640**: Die Gemeinde trägt im staatlichen Auftrag die Verantwortung für den Betrieb der Kindergärten. Die tatsächlichen Kosten belaufen sich auf rund 1.350.000 €. Vom Staat erhalten wir dafür jedoch lediglich 820.000 € – eine Deckungslücke von 530.000 €, die wir aus eigener Kraft schließen müssen. Das ist nichts anderes als ein Verschiebeparkplatz staatlicher Aufgaben auf kommunale Schultern – ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich. Es ist nicht vermessen, hier von einem strukturellen Finanzierungsdefizit zu Lasten der Kommunen zu sprechen.

Ein Blick auf Einzelplan 2, Unterabschnitt 2111 beleuchtet die **Finanzsituation im Zusammenhang mit dem Betrieb des Lehrschwimmbeckens**. Das prognostizierte Defizit für 2025 liegt hier bei 440.800 €. Gleichzeitig wissen wir um die gesellschaftliche Bedeutung solcher Einrichtungen: Landesweit fehlt es an Lehrschwimmbecken, Kinder lernen immer seltener schwimmen, die Zahl der Badeunfälle steigt. Ein funktionierendes Schwimmangebot ist ein Beitrag zur Daseinsvorsorge. Dennoch bleibt staatliche Förderung aus. Das kann nicht so bleiben!

Ähnlich **ernüchternd ist die Situation bei Kulturhalle mit Gastronomie in Witzmannsberg** (Einzelplan 5, Unterabschnitt 5931).

Den Einnahmen von 30.400 € stehen Ausgaben von 258.000 € gegenüber – ein jährliches Defizit von 227.600 €. Miet- und Pachteinnahmen für Gastronomie und Halle zusammen machen am Gesamtaufkommen der Einnahmen gerade einmal 22.000 € aus. Dies, obwohl sich die Verwaltung intensiv um eine Verbesserung der Auslastung bemüht.

Rechnet man das Defizit hoch, kostet diese Liegenschaft die Gemeinde in fünf Jahren über 1,1 Millionen Euro. Die Personalkosten für Verwaltung und Bauhof, die noch nicht in dieser Rechnung enthalten sind, verschärfen das Bild. Der Gemeinderat hat sich zwar kürzlich mit einer Anpassung der Gebühren für die Hallenvermietung beschäftigt, jedoch haben aus meiner Sicht wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Neufestlegung der Gebühren eine viel zu geringe Rolle gespielt.

Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses habe ich darum gebeten, die Zahlen, insbesondere auch die in den Betrieb der Liegenschaft einfließenden Personalkosten detailliert aufzubereiten. Wir brauchen eine klare Entscheidungsgrundlage: Was wollen und können wir uns künftig leisten, und zu welchem Preis?

Der Haushaltsplan weist **Defizite im Betrieb der Sport- und Mehrzweckhalle (44.550 €), beim Bürgerhaus Linde (7.000 €) sowie beim Betrieb der Friedhöfe (18.250 €)** aus. Diese Zahlen sind nicht so erdrückend, wie die Vorgenannten, summieren sich jedoch auch auf rund 70.000 € und zeigen: Wir leben in einer Zeit, in der wir jeden Euro mehrfach umdrehen müssen.

Daher müssen wir – und das spreche ich bewusst offen an – auch in diesen Bereichen über die Anpassung von Gebühren und Nutzungsentgelten nachdenken. Ja, das ist unpopulär, jedoch kann man sich in Wahrnehmung von Verantwortung für die Zukunft unserer Gemeinde schwierigen Entscheidungen nicht entziehen.

Ein weiteres Thema, das wir dringend aufgreifen sollten, ist der **Feuerwehrbedarfsplan**. Bereits am 18. März 2015 hat der Gemeinderat beschlossen, einen solchen Plan zu erstellen. Heute – über zehn Jahre später – ist er immer noch nicht in Kraft.

Die Intention ist klar: Strukturen, Prozesse und Ressourcen im Feuerwehrwesen analysieren, Verbesserungspotenziale aufzeigen, Transparenz schaffen. Dass dies bisher nicht gelungen ist, hat sicher viele Gründe – darunter auch das menschliche Befindlichkeiten nicht immer mit einem möglicherweise bestehenden Veränderungsbedarf harmonieren.

Doch gerade jetzt, unter den Zwängen eines unter Druck stehenden Haushalts, sollten wir prüfen, ob der 2015 eingeschlagene Weg noch der richtige ist – oder ob es andere, pragmatischere Mittel gibt, um unseren Pflichtaufgaben auch in Zukunft dauerhaft gerecht werden zu können und dabei die mittel- und langfristigen Investitionsbedarfe belastbar konkret und klar vor Augen zu behalten.

Im Personalbereich sehen wir deutliche Belastungen. In den vergangenen Jahren wurden freiwerdende Stellen bewusst nicht nachbesetzt, um Kosten zu sparen. Das hat zu nennenswerten Einsparungen geführt – aber auch zu einer enormen Mehrbelastung unserer gemeindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Aufgabenfülle wächst, nicht zuletzt durch neue gesetzliche Anforderungen.

Die Reduktion des Personalbestands ohne gleichzeitige Aufgabenreduzierung ist daher keine langfristig tragfähige Lösung. Vielmehr müssen wir aus meiner Sicht schon jetzt über Stellennachbesetzungen und Verstärkungen im Personalbereich ab 2026 nachdenken, wenn wir die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung erhalten und vermeiden wollen, das Personal auszuzehren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Haushalt zeigt deutlich: Die Gemeinde Ahorn steht vor einem finanziellen Kraftakt. Wir müssen Prioritäten setzen, wir müssen den Mut haben, auch unbequeme Themen offen zu diskutieren – und wir müssen gemeinsam daran arbeiten, unsere Handlungsfähigkeit zu sichern. Dazu gehört ein klares Signal an Land und Bund: Wer den Kommunen Aufgaben überträgt, muss sie auch finanziell dazu befähigen, diese Aufgaben zu erfüllen. Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Wir sollten daher so bald wie möglich die Effizienz unserer Prozesse auf den Prüfstand stellen

Wir als Fraktion SPD/Die Grünen werden diesem Haushalt trotz damit verbundener Bauchschmerzen zustimmen. Er spiegelt die Realität wider. Unsere Zustimmung ist verbunden mit dem klaren Auftrag: Sparsamkeit, Ehrlichkeit und ein offener Diskurs über die Zukunft unserer Gemeinde.

Im Namen meiner Fraktion spreche ich unseren besonderen Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Ahorn aus, die sich bereits im Zuge der Haushaltsaufstellung intensiv Gedanken um Möglichkeiten der Einsparung und Effizienzverbesserung in den von Ihnen verantworteten Bereichen gemacht haben. Besonderer Dank geht an unseren Geschäftsleiter und Kämmerer Michael Göbbel, dem es trotz der schlechten Vorzeichen gelungen ist, einen ausgeglichenen Haushalt auszuarbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Matthias Aust
Vorsitzender der Fraktion SPD/Die Grünen

Es gilt das gesprochene Wort.